

Mittwoch, 21. Dezember 2011
1158/1011

Oberbürgermeister zu Fraktionsstellungen „Konstruktive Vorschläge und Wahlkampf- Rhetorik als Echo“

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann verzeichnete in den Stellungnahmen der Ratsfraktionen zu der ehrlichen und nachvollziehbaren Bestandsaufnahme der Belastungsfähigkeit der Bauverwaltung „konstruktive Vorschläge und Wahlkampf-Rhetorik als Echo.“

Enttäuscht ist der OB insbesondere über die Stellungnahme der GRÜNEN im Stil einer Wahlkampagne. „Ich dachte, der Wahlkampf wäre vorbei. Wer aber jetzt selbst auf nackte Zahlen und Statistiken nur mit „Quatsch“ und „dreist“ antwortet, ist wohl im Dauerwahlkampf.“

Als konstruktiv und überlegenswert dagegen bezeichnete der OB die Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion. Sowohl zu dem geforderten Plan einer „Umorganisation“ als auch zur noch stärkeren Einbeziehung der Nibelungen-Wohnbau GmbH bei städtischen Baumaßnahmen werde die Verwaltung Anfang des Jahres konkrete Vorschläge machen und abgleichen, inwieweit sie mit den Vorstellungen der SPD übereinstimmen könnten. „Wir sind den Weg ja jetzt mit der Übertragung der Großbaumaßnahme Wilhelm-Bracke-Schule auf die NiWo-Bau schon gegangen und das könnte ein Modell sein“, meinte der OB zu dem SPD-Vorschlag.

Natürlich seien auch Personalausweitungen ein Weg. Wer in diesem Zusammenhang jedoch von „extremer Unterbesetzung“ spreche, habe in den letzten Jahren in den Beratungen der Gremien schlichtweg nicht aufgepasst. So seien allein für das Konjunkturprogramm II vor kurzem mehrere zusätzliche Stellen geschaffen worden, die jetzt auch zum Abbau von Haushaltsausgabereisten weiterbeschäftigt würden. Und weitere neue Stellen für die vorhandenen Aufgaben schlage die Verwaltung natürlich auch vor. „Aber wie schon die Stadtbaurätin anhand der Faktenlage klar gestellt hat, ist der Stellenmarkt ziemlich leer gefegt und es müssen natürlich auch Personen sein, die gewissermaßen umstandslos in die Bauverwaltung integriert werden können.“ In 2012 sei da sicher nicht mehr viel zu machen.

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Referat Pressestelle
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Postfach 3309
38023 Braunschweig

Telefon
(0531) 470 - 22 12
(0531) 470 - 22 17
(0531) 470 - 37 73

Telefax
(0531) 470 - 2994

Internet: www.braunschweig.de

E-Mail : pressestelle@braunschweig.de

Schließlich wies der Verwaltungschef auch darauf hin, daß es allein mit neuen Mitarbeitern - um alles zügig abzuarbeiten hatte die Stadtbaurätin siebzehn neue Stellen genannt! - nicht getan sei. Schließlich müssten die Führungspersönlichkeiten der Bauverwaltung auch im Rahmen ihrer Leitungstätigkeit und der Verantwortung gegenüber den politischen Gremien das noch alles überschauen und koordinieren können. „Da ist jetzt längst eine natürliche Grenze der Belastbarkeit der Führungsebene erreicht oder sogar schon überschritten. Und da muss ich mich natürlich als Verwaltungschef warnend zu Wort melden“, erläuterte der OB.

Im gestrigen Bauausschuss hatte im Übrigen die Stadtbaurätin Maren Sommer erneut sehr detailliert mit vielen Zahlen und Tabellen die große Belastung insbesondere des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement erläutert. Zu den bekannten Baumaßnahmen kämen schließlich noch Pflichtaufgaben wie Sicherheitsbegehungen, Brandschutzmaßnahmen, Kontrolle von Wartungsarbeiten und Voruntersuchungen wie Energiemanagement und Hilfestellung gegenüber städtischen Gesellschaften (z. B. Stadthallen GmbH). Wenn dann noch bei einigen Großprojekten wie dem Eintrachtstadion und der IGS Weststadt unvorhergesehene Schwierigkeiten auftreten würden, stiege die Belastung gleich extrem und sei vorweg durch neue Stellen oder anderes gar nicht kalkulierbar. Die Statistiken und Graphiken aus dem gestrigen Vortrag der Stadtbaurätin sind auch unter www.braunschweig.de abrufbar.

Oberbürgermeister und Stadtbaurätin hoffen, dass es im neuen Jahr mit den städtischen Gremien doch zu einer konstruktiven Erörterung der Probleme kommt. Es sei Pflicht der Verwaltung die Probleme aufzuzeigen. „Wir hätten natürlich auch den Mund halten und am Ende des Jahres lediglich auf Risiken der Haushaltsreste hinweisen können“, meinte Dr. Hoffmann. Aber damit hätte die Verwaltung gegen ihre Informationspflichten verstoßen und auch gegen Haushaltsgrundsätze. Schon in diesem Jahr wären die voraussichtlich anfallenden Haushaltsausgabereste (nicht erledigte Bauarbeiten des Hochbaubereichs) von ca. 20 Millionen Euro mit dem Haushaltsrecht schwer vereinbar. So könne es nicht weitergehen.

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Referat Pressestelle
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Postfach 3309
38023 Braunschweig

Telefon	Telefax
(0531) 470 - 22 12	(0531) 470 - 2994
(0531) 470 - 22 17	
(0531) 470 - 37 73	

Internet: www.braunschweig.de

E-Mail : pressestelle@braunschweig.de